



Schurers Nachrichten

27. Januar 2016



**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Interessierte,**

die erste Sitzungswoche des Jahres 2016 ist schon vorbei und es wird Zeit für den ersten Newsletter. Zum neuen Jahr präsentiert sich dieser im überarbeiteten Design. Inhaltlich ändert sich nichts. Auch zukünftig möchte ich Euch über die Geschehnisse in Berlin und im Wahlkreis auf dem Laufenden halten. Falls es Anregung zu Themen für den Newsletter gibt, könnt Ihr Euch gerne an mein Büro (ewald.schurer@bundestag.de) wenden.

Die Ereignisse von Köln

Der Übergang vom Jahr 2015 zu 2016 war gezeichnet von abscheulichen Übergriffen auf Frauen in Köln und in anderen deutschen Großstädten, die uns alle erschüttert haben. In Deutschland herrscht seither eine sehr gereizte Stimmung. Viele Bürger zweifeln an der Durchsetzungskraft des Rechtsstaats. Aber bei allen Emotionen sollte uns allen eins klar sein: Pseudo-Anarchie wird keine Probleme lösen, Bürgerwehren sind nicht die Antwort. Zur Wahrheit gehört,



Rike / pixelio.de

von allen eingehalten werden müssen. Dazu gehören die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die freie Entfaltung der Person und auch die körperliche Unversehrtheit.

Stärke des Rechtsstaates

Wir fragen uns jetzt, was konkret zu tun ist. Der Rechtsstaat darf keinen Meter zurückweichen. Sei es bei der Gewalt gegen Frauen oder in sogenannten „rechtsfreien Räumen“ in deutschen Großstädten. Wir müssen allen Bürgerinnen und Bürgern die Sicherheit geben, dass überall und für alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Herkunft die gleichen Gesetze gelten und diese auch umgesetzt werden.

Zudem müssen wir die Grenzen des Rechtsstaates klar definieren. Wer sein Gastrecht missbraucht, der hat auch keinen Anspruch mehr auf Gastfreundschaft. Die Regierungskoalition ist hier umgehend tätig gewor-

den. Flüchtlinge sollen künftig ihren Status als schutzbedürftig verlieren, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt werden (auch, wenn die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist). Zudem wurden Straftaten bestimmt, die eine sofortige Ausweisung auch unabhängig



Martin Quast / pixelio.de

von der Strafhöhe nach sich ziehen. Dazu gehören Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, gegen Eigentum (also Raub oder Ladendiebstahl) sowie bei Angriffen auf Polizisten.

Mit diesen Maßnahmen

sind wir auf dem richtigen Weg. Einerseits übernehmen wir als reiches Land globale Verantwortung und helfen den Menschen in Not, die unsere Hilfe dringend brauchen. Andererseits zeigen wir die klaren Regeln des Rechtsstaates auf, die für uns nicht zur Diskussion stehen.

Registrierung von Flüchtlingen

Auch bei der Registrierung von Flüchtlingen gibt es Neuerung. Die Daten von Asylsuchenden sollen nicht erst bei der Stellung eines Asylantrages, sondern bereits unverzüglich nach der Einreise erfasst und zentral gespeichert werden. Bereits Mitte Januar wurde dazu der Warteraum Erding mit einem Fingerabdruck-Schnell-Abgleichsystem ausgestattet, über dessen Sofortabfrage bereits vorhandene Personendaten unverzüglich festgestellt und eine Sicherheitsüberprüfung durchgeführt werden können. So können Mehrfachregistrierungen vermieden und die anschließende Arbeit der Sicherheits- und Verwaltungsbehörden erleichtert werden. Außerdem erhält jeder Flüchtling mit der Registrierung einen Ausweis, der eine lückenlose Identifikation sicherstellen soll und der Grundlage für die Beantragung von Sozialleistungen ist. Mitte Januar lag die Registrierungsrate im Warteraum Erding bei 100%. Am Freitag, den 21.1.16 habe ich mir selbst ein Bild von den Gegebenheiten im Warteraum Asyl in Erding gemacht.



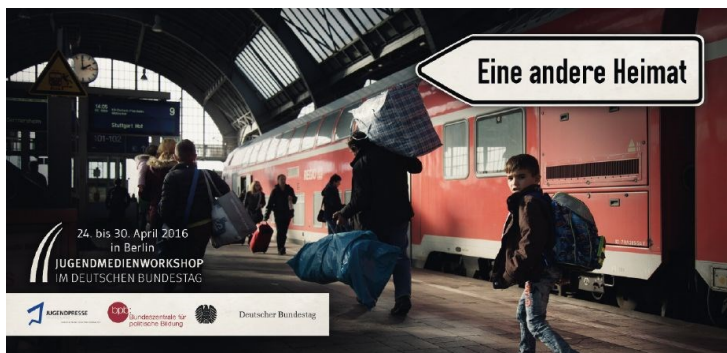
Besuch des Warteraums mit dem Leitungsteam und VertreterInnen der Erdinger SPD

Foto:
Ulla
Dieckmann

Insbesondere der tatkräftige Einsatz der städtischen freiwilligen Helferinnen hat mich extrem beeindruckt. Wir müssen jetzt aber Wege finden, damit wir den Helfern etwas Last von den Schultern nehmen. Generell bin ich der Meinung, dass wir uns auch wieder verstärkt der Bekämpfung der Fluchtursachen widmen müssen und die Probleme vor Ort angehen sollten. Nur so schaffen wir es langfristig und nachhaltig, eine Änderung der aktuellen Lage herbei zu führen und den Flüchtlingsstrom zu mindern.

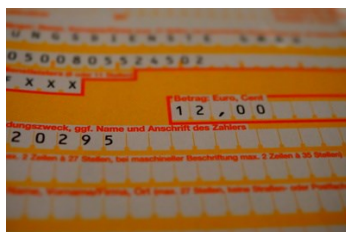
Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag

Ein Workshop für junge Medienmacherinnen und Medienmacher zwischen 16 und 20 Jahren findet im diesem Jahr vom 24. bis 30. April im Deutschen Bundestag statt. Bereits zum 13-mal veranstaltet dieser in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland den Jugendmedienworkshop. Eine Woche lang werden die Jugendlichen hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Hauptstadt blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, begleiten Hauptstadt-Korrespondenten, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen, besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag und erstellen eine eigene Veranstaltungszeitung. Ich möchte alle Interessierten ermutigen, sich für eine Teilnahme am Workshop zu bewerben. In diesem Jahr lautet das Motto des Jugendmedienworkshops „Eine andere Heimat“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschäftigen sich mit der Frage, ob Deutschland für Geflüchtete zu einer anderen Heimat werden kann, und ob Deutschland damit auch zu einer anderen Heimat für die hiesige Gesellschaft wird. Weitere Informationen zur Teilnahme und zu den Bewerbungsmöglichkeiten gibt es unter: <http://www.jugendpresse.de/bundestag>



Erleichterung bei der Kontoeröffnung

Wer kein eigenes Konto hat, stößt im Alltag auf viele Schwierigkeiten. Dies betrifft in Deutschland aktuell 600.000 Menschen. Deshalb hat sich der Deutsche Bundestag mit einem Kabinetts Gesetzesentwurf zur Umsetzung des sogenannten „Basiskontos“ befasst. Mit der geplanten Erleichterung bei der Kontoeröffnung wird sichergestellt, dass alle Verbraucher einen Zugang zu einem sogenannten „Basiskonto“ haben. Dabei sind Mindestdienstleistungen wie Ein- und Auszahlungen, Überweisungen, Lastschriften und Bargeldabhebung garantiert. Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind ohne eigenes Konto gering und auch die Aussichten auf dem Wohnungsmarkt sind ohne die Angabe eines Kontos so gut wie nicht vor-



Dr. Stephan Barth / pixelio.de

handen. Das wollen wir jetzt ändern. Alle Menschen, die sich rechtmäßig in der Europäischen Union aufhalten, auch Wohnungslose, Asylsuchende und Geduldete, sollen mit einem eigenen Girokonto am Zahlungsverkehr teilnehmen können. Das ist ein zentraler Schritt, damit alle Menschen voll am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können.

Veranstaltung: „Wir schaffen Wohnraum“

Samstag, 27. Februar

Ludwig-Thoma-Haus, Stockmann-Saal,

Augsburger Straße 23, 85221 Dachau

von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

mit Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter, SPD

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum stellt eines der wichtigsten Themen für die Menschen, die Politik und damit für uns Sozialdemokraten dar. Immer mehr Menschen können sich das Leben in den oberbayerischen



H.D.Volz / pixelio.de

Ballungsräumen nicht mehr leisten. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist daher ein elementarer Teil unserer Sozialpolitik. Wie können wir die seit Jahren in erheblichem Maße steigenden Preise für Mieten, Wohneigentum und Bauland in Oberbayern begrenzen? Wie können wir sozialen Wohnungsbau und genossenschaftliche Wohnprojekte besser fördern? Wie können Bund, Länder und Kommunen gemeinsam mit der Privatwirtschaft zusammenarbeiten, um Ideen neu oder weiterzudenken und erfolgreich umzusetzen? Um diese und weitere Fragen zu diskutieren, lädt die Oberbayern-SPD zu ihrer ersten wohnungsbaupolitischen Konferenz, am 27. Februar in Dachau, ein. Neben Münchens Oberbürgermeister Jürgen Reiter, gibt es weitere Beiträge von ausgewiesenen Experten.

Herzlichst -

Ausgewählte Veranstaltungen bis Ende Februar:

- 31. Januar **Jugendpolitisches Frühstück**
Hofmarkplatz 4, 85435 Erding (OV Büro)
- 03. Februar **Gesprächskreis Asyl und Integration**
Vronis Ratschhaus, Donaustr. 1, Ingolstadt
- 10. Februar **Politischer Aschermittwoch der SPD-Bayern**
Volksfestplatz Vilshofen a.d. Donau
- 25. Februar **3. Kommunalkonferenz zur Flüchtlingspolitik**
Reichstag, Berlin

Abgeordnetenbüro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227 74271

Bürgerbüro Erding

Hofmarkplatz 4
85435 Erding
Tel.: 08122 1875487

Bürgerbüro Ebersberg

Heinrich-Vogel-Str. 25
85560 Ebersberg
Tel.: 08092 8579952

Bürgerbüro Ingolstadt

Unterer Graben 87
85049 Ingolstadt
Tel.: 0841 98146777

E-Mail: ewald.schurer@bundestag.de

<http://ewald-schurer.de>

facebook.de/ewald.schurer